



# AKTUELLES AUS DEM LANDTAG

JUNI 2017



**CDU** FRAKTION IM  
HESSISCHEN LANDTAG

*Sehr geehrte  
Damen und Herren,*

*auch mit der 4. Ausgabe des Infos „Aktuelles aus dem Landtag“ möchte ich Ihnen wieder über meine und die Arbeit der CDU-Landtagsfraktion berichten.*

*Mit diesem Medium erfahren Sie in meinem Wahlkreis eine informative Ergänzung zu meinem eigenen Newsletter „Landtagspost“, den ich Ihnen periodisch zukommen lasse.*

*Ergänzend verweise ich gerne auch noch auf meine Internetseite, wo Sie, unter [www.hugo-klein.de](http://www.hugo-klein.de), ebenso wie auf Facebook – unter [www.facebook.com/HugoKleinMdL](https://www.facebook.com/HugoKleinMdL) stets aktuelle und interessante Informationen von mir erhalten.*

*Ihr  
Hugo Klein*

**Hugo Klein, MdL**

## HUGO KLEIN MdL

### PAKT FÜR DEN NACHMITTAG

ÜBERZEUGT DURCH **WAHLFREIHEIT, ANGEBOTSVIELFALT**  
UND **QUALITÄTSSICHERUNG**

Erfreulicherweise hat sich der von Ministerpräsident Volker Bouffier initiierte Pakt für den Nachmittag in überschaubarer Zeit zu einem veritablen Erfolgsmodell entwickelt, den zum kommenden Schuljahr 2017/18 bereits 21 der 33 und damit fast zwei Drittel der kommunalen Schulträger umsetzen. Für die neu in den Pakt für den Nachmittag aufgenommenen Schulen stellt die Landesregierung über die 166 Stellen für Neuaufnahmen, Profilerweiterungen und Profilwechsel im regulären Ganztagsprogramm des Landes hinaus noch einmal 57 zusätzliche Stellen zur Verfügung.

Die Anziehungskraft des Pakts resultiert vor allem aus dem Grundsatz der Freiwilligkeit, der ein wohlthuendes Gegenmodell zu den Vorstellungen der beiden linken Oppositionsparteien von einer verpflichtenden Ganztagschule ohne Wahloption für die Eltern darstellt. Die individuell sehr unterschiedlichen familiären Strukturen und beruflichen Anforderungen erlauben keine pauschale Lösungen und Einheitskonzepte, sondern verlangen nach passgenauen und flexiblen Angeboten, welche den unterschiedlichen Bedürfnissen der Eltern gleichermaßen gerecht werden. Die Schulträger und Schulgemeinden vor Ort können daher am besten entscheiden, ob von den Eltern der Grundschulkindern mehrheitlich ein Halbtags- oder ein Ganztagsangebot gewünscht und welches der regional sehr unterschiedlichen Betreuungsmodelle bevorzugt wird.

## LAND HESSEN UNTERSTÜTZT VIELFÄLTIGE MUSEUMSLANDSCHAFT

Das Land Hessen unterstützt auch in diesem Jahr wieder die vielfältige Museumslandschaft. Neben der Förderung der drei großen staatlichen Museen und der vielen kommunalen Museen erfahren darüber hinaus auch 27 private und beispielsweise von Vereinen betriebene kleine Museen Fördermittel des Landes, zu denen auch das Heimatmuseum Freigericht (s.Foto) gehört, dessen Träger, der Heimat- und Geschichtsverein Freigericht, einen Zuschuss in Höhe von 4.100 € erhält.

Im Jahr 2017 erhalten alle hessischen Museen insgesamt rund 1.225.452 € Förderung. Zuschüsse in Höhe von 844.452 € gehen an 34 kommunale Museumseinrichtungen. Aufgrund der Erhöhung der Fördermittel um 100.000 € ab 2017 unterstützt das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst nach Angaben von Staatsminister Boris Rhein (CDU) darüber hinaus auch noch 27 private Museen mit nunmehr rund 381.000 € aus diesen Fördermitteln.

Der lobenswerten Feststellung von Minister Boris Rhein, wonach vor allem in den kleineren Museen das Engagement von



Ehrenamtlichen eine große Rolle spielt, die viel Einsatz, Zeit und Kraft in „ihr“ Museum stecken und mit Energie und Fantasie dafür sorgen, dass die Besucher dort interessante Stunden verbringen können, kann ich – aus eigener Erfahrung, das heimische Heimatmuseum in Freigericht betreffend – nur zustimmen.

## MIT DEN KOMMUNEN UND FREIEN TRÄGERN HABEN WIR BEREITS **GROSSE ERFOLGE** BEIM AUBAU VON KINDER-BETREUUNGSANGEBOTEN IN HESSEN ERREICHT !

Die CDU-geführte Landesregierung unterstützt die Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Bereich der Kinderbetreuung seit Jahren mit erheblichen und steigenden Mitteln, da sie die Kinderbetreuung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet. So standen im Haushalt des Landes Hessen im Jahr 2016 rund 460 Millionen Euro zur Verfügung. Darüber hinaus ist in Hessen das letzte Kindergartenjahr bereits seit dem Jahr 2007 beitragsfrei. Wir verfolgen seit langem das Ziel, hessische Eltern zu entlasten. Eltern brauchen vielerlei, vor allem Zeit, Infrastruktur und Geld. Eine Kinderbetreuungsinfrastruktur muss daher nicht nur vorhanden sein, sie muss auch gut sein, sonst sind Eltern nicht wirklich entlastet, und sonst ist auch außerfamiliäre Kinderbetreuung gerade in frühen

Jahren nicht wirklich zu verantworten. Die Evaluation des Kinderförderungsgesetzes hat erbracht, dass das KiföG zu höheren Fördersummen, vielerorts zu mehr Personal, stärkerer Ausrichtung an Qualitätsstandards und intensiverer Elternbeteiligung geführt hat. Hessens Eltern haben heute nicht nur ganz überwiegend die Sicherheit, einen Betreuungsplatz zu finden. Die guten Mindeststandards geben ihnen darüber hinaus eine neue Gewissheit, dass ihre Kinder nicht verwahrt, sondern systematisch gut betreut, in Zusammenarbeit mit ihnen erzogen und gebildet werden. Die CDU-Fraktion sieht daher in Bezug auf das Bildungs- und Betreuungsangebot in Hessen eine dreifache Herausforderung: den weiteren Ausbau des Platzangebots, die qualitative Weiterentwicklung und eine weitere finanzielle Entlastung von Eltern.

JUNI  
**21**

21. Juni 2017  
Hessenfest in Berlin

JUNI  
**24**

24. Juni 2017  
Akademische Feier 125 Jahre  
Männerchor Somborn

JUNI  
**25**

25. Juni 2017  
Museumsfest in  
Nidderau-Ostheim

JUNI  
**26**

26. Juni 2017  
Küchenschlacht Regional,  
Baierströder Hof  
in Hammersbach

## GERNE EMPFANGE ICH BESUCHERGRUPPEN IM HESSISCHEN LANDTAG

Auch im abgelaufenen Monat Mai habe ich an zwei Samstagen je eine Besuchergruppe im Hessischen Landtag in Wiesbaden empfangen. Zu Besuch waren der Fachverband der Druckindustrie Bezirk Fulda (s.Foto) sowie der Kultur-, Transport- und Carnevalsverein „Aascher Schnooke“ aus Nidderau-Eichen.



### Herausgeber:

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden  
Telefon: 0611 - 350 534 | Telefax: 0611 - 350 552  
E-Mail: [cdu-fraktion@ltg.hessen.de](mailto:cdu-fraktion@ltg.hessen.de)  
Hugo Klein MdL | Wahlkreis Main-Kinzig II  
Friedhofstraße 5a | 63579 Freigericht-Bernbach  
Tel.: 06055 - 93 50 86 | Fax: 06055 - 93 50 88  
[hugo.klein@t-online.de](mailto:hugo.klein@t-online.de) | [www.hugo-klein.de](http://www.hugo-klein.de)  
Fotos: Alexander Kurz, [cdu.de](http://cdu.de), [cduhessen.de](http://cduhessen.de)



## Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei übersenden wir Ihnen die neuste Ausgabe von Aktuelles aus dem Landtag. Mit diesem Format informieren wir regelmäßig über unsere Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger im Hessischen Landtag.

Hier finden Sie aktuelle Informationen des CDU-Abgeordneten Ihres Wahlkreises und Berichte über unsere parlamentarische Arbeit. Dies sind natürlich nur Streiflichter - für weitere Informationen empfehlen wir Ihnen einen Besuch unserer Internetseite unter: [www.cdu-fraktion-hessen.de](http://www.cdu-fraktion-hessen.de)

Wir wünschen eine spannende Lektüre. Für Anregungen, Fragen oder Rückmeldungen erreichen

Sie uns jederzeit über [cdu-fraktion@ltg.hessen.de](mailto:cdu-fraktion@ltg.hessen.de)

Mit freundlichen Grüßen

**Holger Bellino,**  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

# ÄLTERE MENSCHEN BRAUCHEN UNSERE AUFMERKSAMKEIT

von Irmgard Klaff-Isselmann, seniorenpolitische Sprecherin der hessischen CDU-Landtagsfraktion



Aktive und gesunde Menschen, die mitten im Leben stehen, haben eine andere Erwartung an die Politik als Menschen, die Hilfe und Unterstützung brauchen oder auf dauerhafte Pflege angewiesen sind. Eine gute Sozialpolitik unterstützt ältere Menschen in ihren vielfältigen Lebenslagen. Auch sind die Kenntnisse, Erfahrungen und Qualifikationen der älteren Generation für Unternehmen eine wertvolle Ressource. Dies verlangt jedoch von allen ein generationenübergreifendes Engagement und gegenseitigen Respekt und Wertschätzung. Im Rahmen

einer Regierungserklärung erläuterte der Sozialminister die Grundlagen unserer Seniorenpolitik, die Landtagsfraktion konnte auf zahlreiche Initiativen verweisen.

Im Ehrenamt ist die ältere Generation traditionell sehr stark vertreten. Gerade in den vergangenen anderthalb Jahren konnten wir das in großartiger Art und Weise erleben: Überall in unserem Land entstanden ehrenamtliche Initiativen für eine bessere Integration von Flüchtlingen. Es waren und sind vor allem ältere Menschen, die hier ihre Zeit und ihr Knowhow einbringen. Hinzu kommt, dass viele Seniorinnen und Senioren eine wichtige und wertvolle Stütze für Familien im Alltag sind und sich ehrenamtlich in ihrem Dorf oder in ihrer Stadt engagieren. So wurden über die Freiwilligenagenturen generationenübergreifende Initiativen und Hilfsangebote entwickelt. Beispiele dafür sind Theaterprojekte von Jung und Alt, Reparatur-Cafés, praktische Nachbarschaftshilfen, das Engagement von Seniorinnen und Senioren bei der Hausaufgabenhilfe oder bei Bewerbungstrainings für den Einstieg ins Berufsleben.

Ziel der Seniorenpolitik in Hessen ist es, ältere Menschen in ihrer selbstständigen Lebensführung zu unterstützen und ihnen dabei zu helfen, die Lebensqualität und Selbstbestimmung zu erhalten. Insbesondere die unterschiedlichen Formen gemeinschaftlichen Wohnens leisten einen wichtigen Beitrag, Menschen im Alter ein selbständiges und sozial eingebundenes Leben zu ermöglichen. Dazu gehört auch eine barrierearme Gestaltung des Wohnumfeldes und der öffentlichen Infrastruktur.

Pflegebedürftige Angehörige in der Familie stellen berufstätige Familienmitglieder vor viele Fragen. Die Familie muss hier eine Lösung finden, wie die Pflege sichergestellt werden kann. Gleichzeitig wünschen sich viele pflegebedürftige Menschen, durch vertraute Angehörige in gewohnter Umgebung gepflegt zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf weiter verbessert, wofür sich die Hessische Landesregierung auch künftig einsetzen wird.



# SCHÄRFERE STRAFEN FÜR ANGRIFFE AU

von Alexander Bauer,  
innenpolitischer Sprecher  
der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Tätliche Angriffe auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte müssen ab sofort härter bestraft werden. Künftig gilt dafür eine Strafandrohung von drei Monaten bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe. Das ist der Kern der notwendigen Reform des Strafgesetzbuchs. Dieser Erfolg wäre nicht denkbar gewesen ohne den Anstoß, den die CDU-geführte Landesregierung mit der hessischen Bundesratsinitiative für einen ‚Schutzparagraphen 112‘ im Strafgesetzbuch bereits im Jahr 2015 gegeben hat.

Wir haben damit erreicht, etwas für den Schutz der Menschen zu tun, die uns

# DIE GESUNDHEITSREGION MITTELHESSEN HAT WIEDER ZUKUNFT

von Dr. Ralf-Norbert Bartelt, der für Universitätsmedizin zuständige Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Das Land Hessen, die Rhön-Klinikum AG (RKA), die Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH (UKGM) und die beiden Universitäten haben ein umfassendes Konzept zur Weiterentwicklung der mittelhessischen Universitätsmedizin erarbeitet. Die Ziele sind eine Patientenversorgung auf hohem Niveau, Arbeitsplatzsicherheit für die Beschäftigten und der Erhalt des hohen Standards bei Forschung und Lehre. Das Zukunftskonzept ist ein enormer Erfolg und ein wichtiges Signal für die Patienten, die Beschäftigten und ihre Familien und für die Gesundheitsregion Mittelhessen. Es eröffnet ein neues Kapitel in der Geschichte des UKGM und leistet einen zentralen Beitrag zur Zukunftsfestigkeit der Standorte Gießen und Marburg.

Als einer der größten Arbeitgeber in der Region muss das Universitätsklinikum seine Entscheidungen auch daran orientieren, verlorenes Vertrauen bei den Mitarbeitern und in der Region zurückzugewinnen. Dies ist eindrucksvoll gelungen. Das UKGM

hat sich unter anderem dazu verpflichtet, auf betriebsbedingte Kündigungen für die nächsten fünf Jahre zu verzichten, Auszubildende zu übernehmen und auf die Ausgliederung weiterer Betriebsteile zu verzichten.

Das Zukunftskonzept, dass auch der Kärnerarbeit von Ministerpräsident Volker Bouffier und Wissenschaftsminister Boris Rhein zu verdanken ist, sieht vor, dass UKGM einen zusätzlichen Betrag von rund 15 Millionen Euro jährlich für die Finanzierung der von ihr erbrachten Leistungen für Forschung und Lehre erhält. Erstmals wird auf diese Weise die angemessene Vergütung der künftigen Steigerungen bei den Sach- und Personalkosten in Forschung und Lehre geregelt. Auch wurde ein umfassendes Investitionspaket für beide Universitätskliniken geschnürt. Das UKGM wird in den nächsten fünf Jahren mindestens 100 Millionen Euro investieren: Am Standort Gießen wird das Kinderherzzentrum ausgebaut und dem Klinikum ein Erweiterungsbau

hinzugefügt. Am Standort Marburg erfolgt die Modernisierung der Klinik für Psychiatrie, die Sanierung des Zentral-OP A und der Intensivstationen sowie der Neubau der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Die Privatisierung ist trotz aller Herausforderungen eine Erfolgsgeschichte. Mehrere hundert Millionen Euro wurden und werden in Zukunft in die Errichtung und Sanierung von Gebäuden sowie die Modernisierung der Innenausstattung an beiden Standorten investiert. Das Pflegepersonal wird besser bezahlt als zu Zeiten, als die Kliniken noch vom Land alleine getragen wurden. Seit 2005 wuchs die Zahl der Beschäftigten im ärztlichen Dienst um 14 und beim Pflegepersonal um rund 17 Prozent. Als vor einigen Jahren den Mitarbeitern die Rückkehr in den Landesdienst offen stand, entschieden sich 92 Prozent der Beschäftigten beim UKGM dagegen. Dies zeigt, dass das UKGM, trotz aller Probleme und Herausforderungen, ein attraktiver Arbeitgeber ist.



## F POLIZEI, FEUERWEHR UND RETTUNGSDIENSTE

tagtäglich helfen und schützen. Tätliche Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten, auf Feuerwehrleute, auf Angehörige des Katastrophenschutzes und auf Rettungssanitäter sind keine Kavaliersdelikte. Es ist daher richtig und wichtig, den strafrechtlichen Schutz vor solchen Angriffen zu verschärfen. Das Gesetz war überfällig. Lange hat die SPD im Bund und in den Ländern blockiert. Es kostete große Anstrengungen der Union, Blockademinister Heiko Maas zu bewegen, endlich einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Die Einsatzkräfte leisten mit Engagement einen großen Beitrag zur Sicherheit in

unserem Land. Die Polizei ist Freund und Helfer der Menschen. Sie verdient daher Respekt und Anerkennung. Dazu können alle gesellschaftlichen Kräfte beitragen.

Und der strafrechtliche Schutz ist nicht das Einzige, was wir tun. Wir haben in Hessen massiv in die Verbesserung der Schutzausrüstung investiert und die Body-Cam landesweit eingeführt.

Die Unterstützung von Polizei und Rettungskräften muss aber schon früher beginnen. Wir dürfen nicht akzeptieren, dass ihre Arbeit behindert wird. Das Thema

Rettungsgasse hat dabei hohe Aktualität. Eine Kampagne an den Autobahnen in Hessen soll darüber aufklären, wie eine Rettungsgasse zu bilden ist. Wer Rettungsgassen bewusst blockiert und Rettungswege versperrt, setzt Menschenleben aufs Spiel. Auch hier brauchen wir deutliche Sanktionen.